

Täglicher Anzeiger

H O L Z M I N D E N S E I T 1 7 7 7

Nr. 74 / 1,40 €

Donnerstag, 28. März 2019

www.tah.de

Musikschule Holzminden ruft um Hilfe



HOLZMINDEN (spe). Die Musikschule Holzminden wendet sich mit einem Hilferuf an die Stadt Holzminden: Die Situation hat sich für die Musikschule in den letzten Monaten zugespitzt. Lehrer sind gegangen, die Zuschüsse sind seit sechs Jahren unverändert und entsprechen nicht annähernd dem Landesniveau. Die Musikschule sorgt sich um ein alterndes Kollegium und eine adäquate Bezahlung der Lehrer. Erster Unterricht fällt aus und Kooperationen mit Kitas mussten aufgekündigt werden. Nun sei man an einem Punkt angekommen, an dem die Probleme allein nicht mehr zu lösen seien, stellten Vorsitzender Nowak und Musikschulleiter Käberich den Mitgliedern des Kulturausschusses dar. Man wünscht sich einen Vertrag mit der Stadt und wachsende Zuschüsse. Foto: Käberich ► SEITE: 13

Musikschule Holzminden ruft um Hilfe!

Erste Einschnitte, steigender Zuschussbedarf und Sorge um die Lehrerschaft / Vorstand und Schulleitung wollen Vertrag mit der Stadt schließen

HOLZMINDEN (spe). Die Entwicklung der Musikschule Holzminden in den letzten 19 Jahren ist eine einzige Erfolgsgeschichte. Allein die Schülerzahlen stiegen von damals 90 auf heute 726 an. 97 Schüler stehen derzeit auf der Warteliste. Mit vielen Aktionen, Programmen, Kooperationen und Konzerten ist die Musikschule ganz selbstverständlich in der Öffentlichkeit wahrnehmbar, dabei findet die eigentliche Arbeit, nämlich die Übernahme des kommunalen Bildungsauftrags, Musikerziehung und Unterricht, nichtöffentlich tagtäglich in Kitas, Schulen und im Gebäude der Musikschule in der Neuen Straße 10 statt.

Doch jetzt setzen Vorstand und Leitung der Musikschule einen Hilferuf ab, wenden sich mit der dringenden Bitte um Unterstützung an die Stadt Holzminden: Es geht um die aktuelle Situation der Musikschule und um ihre Zukunft, um die Situation der Lehrkräfte und die finanzielle Absicherung. Am Dienstag tagte der Kulturausschuss der Stadt Holzminden in der Musikschule und war der Empfänger dieses Hilferufs, verbunden mit einer klar formulierten Bitte: Einen Vertrag zu schließen zwischen Stadt und Musikschule mit mehrjähriger Laufzeit über inhaltliche Ausrichtung und finanzielle Ausstattung.

Die Lage ist derzeit nicht existenziell bedrohlich, aber Sorgen bereit sie allemal, das machten Musikschulleiter Alexander Käberich und Vorsitzender Reinhard Nowak am Dienstag deutlich: Die ersten drei Monate ging es der Musikschule finanziell an die Substanz: Weil der Haushalt der Stadt Holzminden noch nicht genehmigt war (was inzwischen der Fall ist), wurde

auch der monatliche Zuschuss der Stadt an die Musikschule nicht ausgezahlt – zum ersten Mal seit 2007. So musste die Schule zusehen, wie sie die Gehälter der 14 festangestellten von insgesamt 17 Lehrenden (plus Verwaltung) zahlen und die laufenden Geschäfte bewerkstelligt bekam. Die Überbrückung gelang nur durch „Klinkenputzen“ bei anderen Unterstützern und Förderern.

Die Musikschule, nicht kommunal, sondern von einem Verein getragen, zahlt aber auch den Preis des Leh-



Kindergärten musste aufgekündigt werden, ein Kammerensemble wurde aufgelöst, die Big Band hat die Probezeiten eingeschränkt. Die Musikschule muss sparen, und das tut sie, hat Mitgliedsbeiträge und Unterrichtsgebühren im letzten Jahr angehoben, ist stets um neue Förderer bemüht, darunter große Firmen. Ein Großsponsor hat seine Zuwendung halbiert. Doch jetzt ist politische, kommunale Hilfe nötig, und wohl auch die Aufstockung des seit 2013 unveränderten städti-



Der Kulturausschuss der Stadt Holzminden tagte am Dienstagabend in der Musikschule. Und die setzte einen Hilferuf ab.

FOTOS: SPE / KÄBERICH

schen Zuschusses in Höhe von 69.000 Euro im Jahr.

Musikschulleiter Alexander Käberich nimmt das Wort „Hilferuf“ selbst in den Mund, die Probleme könne er nicht mehr länger allein lösen. Durch erste Einschnitte verzeichne die Musikschule „einen eindeutigen Knick“ bei Schülerzahlen und „Belegungen“ (es gibt Schüler, die auf verschiedenen Instrumenten unterrichtet werden, derzeit gibt es 825 „Belegungen“). Er hoffe, dass daraus keine Entwicklung abzuleiten sei, aber: „Die Situation bereitet uns Sorgen. Wir müssen etwas tun!“ Hinzu komme, dass das Kollegium immer älter werde, bis auf vier würden sich alle Lehrer in den nächsten 15 Jahren in den Ruhestand verabschieden. Um neue Kollegen zu gewinnen, sei auch die Bezahlung relevant. Von qualifiziertem Personal hänge nicht zuletzt die Mitgliedschaft im Verband deutscher Musikschulen (VdM) ab. Auf Tarifniveau zahlt die Musik-

schule Holzminden längst nicht, kann sie nicht. Zumindest eine spürbare Verbesserung der Gehaltssituation sei notwendig. Errechnete Mehrkosten dadurch: 19.000 bis 30.000 Euro pro Jahr.

Vorsitzender Reinhard Nowak erinnert an den Bildungsauftrag, den die Musikschule in Stadt und Region erfüllt: „Wir leisten einen guten Anteil an kultureller Arbeit und Bildung.“ Er appelliert im Kulturausschuss an die Vertreter der Ratsfraktionen, bittet um Unterstützung: „Wir sind immer bemüht, nicht zu sehr in die öffentlichen Töpfe zu greifen. Wir haben uns lange, lange zurückgehalten, aber jetzt sind wir an einem Punkt, wo es nicht mehr geht. Es droht Substanzverlust.“ Käberich und Nowak bitten die Stadt um einen mehrjährigen Vertrag mit steigendem Zuschussbetrag, der noch 2019 abzuschließen sei.

Die Politiker vernehmen das Signal. „Das öffnet viele Augen“, kommentiert Jörg Ho-

wind. Dietrich Vogel fragt, ob die Musikschule Möglichkeiten sehe, die Zahl von Förderer oder passiven Mitgliedschaften zu erhöhen. Er sagt aber auch: „Es hat mir die Augen geöffnet, in welcher Situation sich die Musikschule befindet.“ Martin Gumpert zeigt sich „erschüttert“: „Es geht eigentlich gar nicht, dass der Zuschuss seit 2013 nicht erhöht wurde.“ Vielleicht müsse man die Fördermodalitäten ändern, den Zuschuss an die Schülerzahl koppeln. Ob dies ein guter Weg sei, darüber soll sich der Vorstand jetzt Gedanken machen. Sabine Golczyk ist bei der Staffelung der Förderung der soziale Aspekt wichtig, der Fördertopf müsse individueller werden. Ruth Horstkotte-Bald appelliert, bei der Vertragsgestaltung „nicht auf Zeit zu spielen“, sondern sie „schnell umzusetzen“. Bis zu den Sommerferien, so kommt man im Ausschuss überein, soll die Stadtverwaltung einen Vertragsentwurf vorlegen.